FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
BREITENFURT

Ausgabe · Dezember 2025 | 553592/2025
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten





DANKE!

Zuerst einmal: Ein herzliches verspätetes Dankeschön!

Ich möchte mich bei allen Bürgern von Breitenfurt, die mir bei der Gemeinderatswahl am 26. Januar 2025 ihre Stimme gegeben und mir dadurch ihr Vertrauen ausgesprochen haben, von ganzem Herzen bedanken! 196 Stimmen sind für mich eine klare Bestätigung dafür, dass die FPÖ in Breitenfurt vertreten sein soll. Für die Bürger werde ich mich mit all meiner Kraft engagieren und so eine neue Ära einer echten Bürgervertretung im Gemeinderat Breitenfurt einläuten.

Ich werde alles daransetzen, dass die FPÖ Breitenfurt in Zukunft noch stärker wird. Zu meiner Freude werde ich in meinen Bemühungen breit unterstützt und einige Breitenfurter erwägen bereits, mit mir bei der nächsten Wahl für unsere Partei anzutreten. Mehrere Personen hätten dies bei der Gemeinderatswahl im Januar eigentlich sehr gerne getan, sie scheuten jedoch davor zurück, weil sie aus verschiedenen Gründen Angst vor Repressalien hatten.

Ein Umstand, der für heutige Zeiten doch recht alarmierend ist und zum Nachdenken anregen muss, wie ich finde.

Kurzes Resümee:

Meine Arbeit in den bisherigen Sitzungen des Gemeinderates

Ich habe bei meiner zweiten Gemeinderatssitzung einen **Dringlichkeitsantrag** betreffend mehr **Bürgerbeteiligung/Bürgermitbestimmung in Breitenfurt** eingebracht.

Dieser wurde mit 15 zu 14 Stimmen abgelehnt: Zukunft Breitenfurt, GRÜNE und FPÖ waren dafür – ÖVP, SPÖ und NEOS stimmten dagegen.

Weiters habe ich 2 Anfragen zu Themen (ein verwahrlostes Grundstück in Breitenfurt und Umstellung auf Hausabholung Papier und Leichtverpackung) eingebracht, welche von der Gemeinde knapp, aber gesetzlich gedeckt, beantwortet wurden.

Was die Kosten für die Umstellung auf Hausabholung betrifft (Kosten vorher /nachher), so werde ich mir diese noch genau im Rechnungsabschluss 2025 der Gemeinde anschauen, da ich leider darüber vorab keinerlei Informationen von der Gemeinde erhalten habe.

Danach habe ich einen Minderheitenantrag mit Unterstützung der Zukunft Breitenfurt und der Grünen kurz vor einer Gemeinderatssitzung eingebracht (ein herzliches Danke an alle Unterstützer), um einen wichtigen Punkt auf die Tagesordnung zu bekommen.

Das ist mir dann auch gelungen, jedoch wurde mir zuerst die Akteneinsicht zu dem für mehrere Bürger sehr wichtigen Anliegen verweigert. Erst als ich schriftlich nachgefragt habe, auf welcher gesetzlichen Grundlage mir dies verwehrt wird und ich auf den § 22 der Gemeindeordnung verwiesen habe, wo folgendes angeführt ist: „Jedes Mitglied des Gemeinderates hat überdies das Recht, jene Akten einzusehen, auf die sich Verhandlungsgegenstände einer anberaumten Gemeinderatssitzung beziehen“.

Was soll ich sagen, ich habe mich schlussendlich durchgesetzt und habe Akteneinsicht erhalten und konnte dadurch für die Bürger eine Verbesserung ihrer Situation erreichen.

Gebührenerhöhungen in Breitenfurt:

Die FPÖ Breitenfurt hat sich aus moralischen Gründen, auch weil die Belastungen den Bürgern nicht mehr zumutbar sind, gegen jegliche Erhöhung der Gebühren ausgesprochen. Leider hat die Mehrheit im Gemeinderat für die Erhöhungen gestimmt.

Verbauung Breitenedergründe /PVZ-PVE:

Nachdem vermutlich bereits fast jeder die Aussendung der ÖVP und die Stellungnahme von Herrn Bgm. Schredl gelesen hat und diese auch bereits bei diversen Gelegenheiten, wie zu vernehmen war, heftig diskutiert wurde, will ich hier versuchen, die Stimmung in der Bevölkerung einzufangen und weiters versuchen, einige vielleicht bisher zu wenig beachtete Argumente aufzuzeigen.

Wobei es bei den Diskussionen vor allem ging, war überraschenderweise nicht nur die Wiese, sondern es ging vor allem auch um das Verhältnis des Bürgermeisters zu den Bürgern und die Rolle, welche die ÖVP hier einnimmt. Der Haupttenor war: Durch diese Aussendung wird der Versuch unternommen, einen Volksentscheid gegen die Interessen der Mehrheit der Gemeinderäte klein zu machen, ihm seine Legitimität abzusprechen und die Bürger als uninformierte bis desinformierte Individuen dastehen zu lassen.

Der Bürgermeister stellt sich hinter die Projektwerberin und erklärt „Es gibt einen klaren Rechtsanspruch auf Bebauung, das ist Fakt“. Da fragt sich doch jeder - Herr Bürgermeister, das fällt Ihnen erst jetzt ein?

Das haben Sie doch alles vor der Volksbefragung gewusst. Hat Ihre Koalition nicht die Fragestellungen vorgegeben? Diese Volksbefragung jetzt auf Grund von angeblich vorliegenden Fakten von oben herab als nicht verbindlich zu erklären, ist wohl ein Rückfall in eine feudale Gedankenstruktur und widerspricht jeglicher demokratischen, freiheitlichen Gesinnung. Das Ganze findet dann seinen Höhepunkt in der Feststellung, man werde als Gemeinde eine Lösung mit der Eigentümerin, den Fachleuten und Behörden finden und letztlich wird der Gemeinderat darüber abstimmen. Natürlich entspricht dies einem legalen Rahmen, in welchem Sie sich hier bewegen. Eine Volksbefragung hat keine rechtliche Bindung. Sie sind die Baubehörde 1. Instanz und der Gemeinderat kann mehrheitlich beschließen. Es gibt aber auch noch eine zweite Ebene in der Politik, welche genauso so wichtig ist, das ist die **moralische und die Vertrauensebene.**

Ich möchte nunmehr folgende Informationen, welche ich dazu eingeholt habe, an die Bürger weitergeben:

Kann Frau Breiteneder die Freigabe bei Gericht einklagen?

Frau Breiteneder kann natürlich rechtlich gegen Entscheidungen der Gemeinde vorgehen (z.B. gegen die Bausperre, gegen bestimmte Verordnungen oder Bescheide).
Was sie aber nach der derzeitigen Rechtslage nicht einfach „einklagen“ kann, ist eine bestimmte **Freigabe der Aufschließungszone** oder eine ganz bestimmte Art der Verbauung.

Der Gemeinderat entscheidet im Rahmen der Gesetze und auf Basis von Gutachten und Raumordnung, **ob und unter welchen Bedingungen** freigegeben wird. Einen „Rechtsanspruch“ auf eine bestimmte Freigabe gibt es in der Regel nicht.

Könnte sie wirklich 70 % des Baulandes verbauen - an die 800 Wohnungen errichten?

Das ist eher ein Gerücht als eine gesicherte Zahl. Wie viel tatsächlich verbaut werden dürfte, hängt von folgenden Punkten ab:

- der k**onkreten Widmung** (Flächenwidmungsplan) und
- dem **Bebauungsplan** (z.B. Bebauungsdichte, Gebäudehöhe, Geschosszahl)

Darüber entscheidet wiederum der Gemeinderat.

Ohne die exakten Planunterlagen und Berechnungen kann niemand seriös sagen: „70 %“ oder „800 Wohnungen“. Diese Zahlen sind daher zum jetzigen Zeitpunkt politisch als Spekulation anzusehen.

Wie sind die Chancen, dass sie mit einer Klage gewinnt?

Das kann man seriös nur im Einzelfall nach Prüfung aller Akten und Verordnungen beantworten. Grundsätzlich gilt aber:

Die Gemeinde hat eine **sehr starke Position,** wenn sie sich auf

- Hochwasser-, Hangwasser- und Grundwassergefahren,
- fehlende Gutachten,
- fehlendes Verkehrskonzept und fehlende gesicherte Infrastruktur stützt und das alles dokumentiert.

Kritisch wäre es, wenn die Gemeinde völlig willkürlich handeln würde oder eigene Regeln missachtet. Solange sie aber sachlich begründet und ihrer Verantwortung für Sicherheit und Infrastruktur nachkommt, ist das rechtlich gut argumentierbar.

Was, wenn sich die Gemeinde die Infrastruktur nicht leisten kann?

Genau das ist ein ganz wesentlicher Punkt:

Mit mehreren hundert Wohnungen kommen massive Mehrbelastungen: Schule, Kindergarten, Hort, Verkehr, Brücke, Straße, Kanal, Hochwasserschutz etc.
Die angebotenen 6 Millionen – zumal noch auf drei Bauabschnitte gestückelt – werden sehr wahrscheinlich nicht reichen, um das alles abzudecken. Die Gemeinde darf sich nicht sehenden Auges in eine Situation bringen, in der sie die notwendige Infrastruktur nicht finanzieren kann. Das ist ein legitimes und wichtiges Argument gegen eine Freigabe im derzeitigen Umfang.

Welche Ablehnungsgründe wären vor Gericht nachvollziehbar?

Aus meiner Sicht ergeben sich mehrere sachliche Ablehnungsgründe, die man sauber begründen kann, zum Beispiel:

- Hochwasser- und Hangwassergefährdung, hoher Grundwasserstand, wiederkehrende Überschwemmungen
- fehlende wasserrechtliche und geologische Gutachten
- fehlendes Verkehrskonzept und keine Bedarfserhebung für die Größe des Projekts

- fehlende oder unzureichende naturschutzrechtliche Abklärung
- fehlende gesicherte Finanzierung der Infrastruktur (Schule, Kindergarten, Straßen, Brücke, Kanal etc.)

Je besser diese Punkte mit Fakten, Gutachten und Zahlen hinterlegt sind, desto schwerer wird es für Frau Breiteneder, der Gemeinde „rechtswidriges Verhalten“ vorzuwerfen.

Haftet die Gemeinde bei Ablehnung?

Eine Haftung der Gemeinde kommt nur dann in Frage, wenn

- ein Schaden entsteht,
- dieser auf ein rechtswidriges Verhalten der Gemeinde zurückzuführen ist und
- die Gemeinde ein Verschulden trifft.

Wenn der Gemeinderat eine Freigabe oder einen Antrag ablehnt, weil

- Hochwasser- und Sicherheitsbedenken bestehen,
- Gutachten fehlen,
- die Infrastruktur nicht gesichert ist und
- die Rechtslage das stützt,

dann ist das eine vertretbare politische und rechtliche Entscheidung. – keine Schikane. Das Risiko einer Haftung ist in so einem Fall überschaubar.

Ich glaube deshalb, dass mit Einbindung von Experten, welche nicht von Seiten der Bauwerberin gestellt werden, vor allem auf der hydrologischen Seite und der Infrastrukturplanung genügend schlagkräftige Argumente zustande kommen könnten, welche dem bestehenden Konzept im Grunde widersprechen und somit das Projekt in der jetzigen Form zu Fall bringen könnten. Auch wenn das Gemeindebudget zurzeit außerordentlich belastet ist, so geht es um die Zukunft unserer lebenswerten Gemeinde und da sollten wir doch Geld zur Verfügung haben, um eben diese planbar zu gestalten.

Auch Folgendes möchte ich den Bürgern nicht vorenthalten:

Auf meine Frage bezüglich der Involvierung von NGOs bei fehlendem Interesse der Bürger an Vermietung/Verkauf der Wohnungen angesprochen, hat die Bauwerberin die Meinung vertreten, dass der Staat und die EU kein Geld zur Verfügung haben werden.

Aber wenn dem doch so sein sollte? Wie viele Familien aus dem Nahen Osten können dann hier wohl untergebracht werden? Wie wird sich der Ort schlagartig verändern? Alles nur Spekulation?

Schauen Sie sich um in Liesing, nein nicht nur in Atzgersdorf, auch in Mauer werden einzelne Eigentumswohnungen an NGOs vermietet, diese belegen sie dann mit ihrer Klientel.

Herr Merz würde sagen, das Stadtbild hat sich verändert. Herr Bürgermeister, wollen Sie, dass Breitenfurt das Schicksal Wiens erleidet? Wollen Sie, dass Breitenfurter Kinder in der Schule irgendwann zur Minderheit werden?

Sie geben die Zeitschrift mit dem wohlklingenden Titel „Unsere Heimat“ heraus, ist dies dann noch unsere Heimat?

Die Bürger, somit auch ich, welche sich dieses Szenario so nicht wünschen, sind unter keinen Umständen als fremdenfeindlich zu betrachten, nur weil wir unsere Kultur und unsere Heimat bewahren und schützen wollen.

Wie stelle ich mir daher die weitere Entwicklung vor?

Ich glaube, wir sollten die Gründe zum jetzigen Zeitpunkt in einer von der Bauwerberin und den NEOS angestrebten Hauruck-Aktion auf keinen Fall einer vorschnellen Bebauung zuführen.

Man sollte überlegen, welche Fläche für ein Ärztezentrum, welches rein die umliegenden Gemeinden versorgen sollte, reicht, auch im Hinblick, dass bereits ein PRÄHAB Zentrum in Liesing gebaut wird und somit die bestehende Fläche des Ärztezentrums und des anschließenden Wasserleitungsgrundstückes genügend Platz bieten könnte.

Mein Ziel ist es, vor allem Breitenfurt in seiner derzeitigen sozio-kulturellen Struktur zu erhalten, der Großraum Wien ist und kann für uns hier kein Vorbild sein, im Gegenteil, wir wollen weiterhin eine lebenswerte Gemeinde mit einem klaren ländlichen, traditionellen Konzept bleiben.

Daher werde ich einer Freigabe im Gemeinderat nicht zustimmen.

Parksituationen in Breitenfurt:





Liebe Mitbürger!

Ich möchte – ohne als Moralapostel zu gelten – ein Problem von vielen mit parkenden Autos in Breitenfurt aufzeigen. Leider kommt es immer wieder vor, dass in schmalen Straßen und Gassen Autos so geparkt werden, dass weder ein Rettungs- oder Notarztfahrzeug, geschweige denn ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr durchkommen kann.

Die Breitenfurter Feuerwehr hat immer wieder Probleme mit dem Durchkommen wegen parkender Autos, aus diesem Grund wird von der Feuerwehr ersucht, soviel Platz zu lassen, dass bei einem Notfall durchgefahren werden kann!

Gemäß § 24 Abs. 3 lit. d StVO ist das Parken verboten, wenn nicht mindestens zwei Fahrstreifen für den fließenden Verkehr frei bleiben, das heißt, wenn keine 5,20 m frei bleiben.

Ich appelliere daher an alle bzw. die Bürger, welche beispielsweise in der Lattergrabenstrasse/Ecke Hirschentanzstrasse parken (es kann teilweise kaum ein PKW durchfahren), dies in Zukunft zu überdenken, denn sollte ein Einsatz dringend notwendig sein, kann dies für den Parkenden unter Umständen sehr teuer werden. Es gibt dort genügend andere Parkmöglichkeiten rund um diesen Bereich.

Ich weiß schon, dass es manchmal eng ist in den Straßen und Gassen, aber muss man trotzdem so parken wie auf den Bildern? Ein bisserl Rücksichtnahme auf andere wäre so viel feiner!

Siedlerverein Breitenfurt:

Am 08.11.2025 konnte ich bei einer Einladung zur Mitgliederversammlung den Siedlerverein Breitenfurt kennenlernen und auch gleich beitreten.

Ich war überrascht und begeistert von den vielen anwesenden Mitgliedern jeden Alters und durfte als FPÖ-Gemeinderätin vor diesen ein paar Worte sprechen. Der Siedlerverein ist die Interessensvertretung der Siedler, der Eigenheim- und der Gartenbesitzer in Breitenfurt und Umgebung sowie Mitglied des österreichischen Siedlerverbandes. Er ist vor allem eine echte Bereicherung für unsere Gemeinde und ich kann nur jedem empfehlen, diesem beizutreten.

Es gibt weiters einen Geräteverleih, Praxiskurse, einen Jahresausflug, eine Jahreshauptversammlung sowie eine Siedlerzeitung. Zudem gibt es bei einigen Firmen gute Konditionen und Rabatte, ein paar Versicherungen, welche im Mitgliedsbeitrag enthalten sind oder Vergünstigungen bei anderen Versicherungsarten, dies alles findet man unter: www.sv-breitenfurt/Leistungen.html oder Kontakt unter: www.sv-breitenfurt/kontakt.html

Ich bedanke mich nochmals recht herzlich beim Siedlervereinsobmann Herrn Uwe Ilkinger für die Einladung und den tollen Vortrag und freue mich sehr über weitere Kontakte.

TATEN statt leerer Worte:



In der kurzen Zeit seit meiner Bestellung zur Gemeinderätin konnte ich mich bereits für mehrere Bürger in Breitenfurt einsetzen und ich werde dies, wie in meinen Wahlversprechen angekündigt, auch weiterhin tun, auch wenn es einem in der Gemeinde vielleicht nicht immer leicht gemacht wird.

Die alten Strukturen in der Gemeinde Breitenfurt werden es nicht einfach machen, neue Wege zu beschreiten, aber ich werde nichts unversucht lassen, um für frischen Wind zu sorgen und die Bürger in Breitenfurt in ihren Anliegen und Sorgen tatkräftig zu unterstützen.

Mein Credo lautet: „FÜR die Bürger!"

Ich freue mich auf eine konstruktive und auf das Wohl der Menschen gerichtete Politik in Breitenfurt.

Meine Aufgabe als Gemeinderätin nehme ich sehr ernst, und wenn auch Sie ein Anliegen haben, dann wenden Sie sich bitte unter sylvia.sedlmayer@fpoe-noe.at an mich.

Ich freue mich über jede Kontaktaufnahme mit mir und werde verlässlich - sobald als möglich - antworten.

Sollten Sie Interesse daran haben mich zu unterstützen, freue ich mich ebenfalls sehr, denn ich bin ja bekannterweise „die Einzige" für die FPÖ in Breitenfurt.

Herzliche Grüße
Sylvia Sedlmayer

FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT

FREI SEIN. MIT UNS.

WIRTSCHAFT GEMEINSAM STÄRKEN

KLARE FORDERUNGEN. KLARE LÖSUNGEN.

- **Bürokratie abbauen:** Freiheit für Unternehmer!
- **Faire Steuern:** Leistung muss sich lohnen!
- **Energie sichern:** Versorgung statt Teuerung!
- **Region stärken:** Jobs und Wertschöpfung vor Ort!

FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT NIEDERÖSTERREICH

FPÖ-Landesrat Rosenkranz: **Große Nachfrage nach neuer Praktikumsförderung in Niederösterreich**



Die neue **Praktikumsförderung** des Landes Niederösterreich stößt auf großes Interesse. Seit dem Start der Initiative wurden bereits 289 Anträge bewilligt. Ziel der Förderung ist es, Schüler zu ermutigen, freiwillige Praktika in handwerklichen und gastronomischen Berufen zu absolvieren. So können Jugendliche erste Berufserfahrungen sammeln und ihre Stärken entdecken.

Die Förderung richtet sich an junge Menschen ab der neunten Schulstufe, die seit mindestens sechs Monaten in Niederösterreich wohnen. Unterstützt werden freiwillige Praktika in niederösterreichischen Betrieben, die nicht von der Schule vorgeschrieben sind. Pro Woche werden 120 Euro ausbezahlt – maximal vier Wochen pro Jahr können gefördert werden.

Ich sehe in dieser Initiative einen wichtigen Beitrag, um Jugendliche frühzeitig für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Lehre zu begeistern. Praktika helfen dabei, Einblicke in verschiedene Berufe zu gewinnen und Kontakte zu Betrieben zu knüpfen. Mit der Praktikumsförderung setzt Niederösterreich einen weiteren Schritt in Richtung „Land der Meister".

Die hohe Nachfrage zeigt, dass das Angebot den Bedürfnissen junger Menschen und der Wirtschaft entspricht. So werden heute die Fachkräfte von morgen gefördert und langfristig Arbeitsplätze in der Region gesichert.